

CDU Bad Nauheim

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Einrichtung einer Stabsstelle mag in sehr großen Verwaltungen wie der Bundesregierung oder den Landesregierungen, vielleicht auch noch in einer Großstadt wie Frankfurt am Main sinnvoll sein, um über die verschiedenen Ressorts hinweg Einzelthemen abzustimmen und dabei inhaltliche Erfolge zu erzielen. Im Vergleich zu Bad Nauheim ist Frankfurt etwa 23mal so groß; die Verwaltungen der beiden Städte ähnlich unterschiedlich.

Eine solche Stabsstelle käme der Einführung eines zusätzlichen Fachbereichsleiters gleich, der von seinem Auftrag her in die vorhandenen Fachbereiche „hinein regieren“ müsste. Das ist erfahrungsgemäß mit Reibungsverlusten verbunden. In Bad Nauheim werden die Fachbereiche (mit Ausnahmen) von den beiden hauptamtlichen Dezernenten (Bürgermeister und Erster Stadtrat) geführt.

Im Magistrat, dem kollegialen Führungsorgan der Verwaltung, laufen alle Fäden zusammen. Die jeweiligen Dezernenten berichten zu den Angelegenheiten ihres Dezernates, die Mitglieder des Magistrats diskutieren die Beschlussvorlagen und fassen am Ende einen Beschluss.

Die Verantwortung für die einzelnen Dezernate, die der Bürgermeister laut Hessischer Gemeindeverordnung den einzelnen Mitgliedern des Magistrats zuweist, ist klar umrissen. Eine Stabsstelle hat im Magistrat keinerlei fest zugeordnete Funktion. Eine solche Person würde, wie Fachbereichsleiter oder andere Verwaltungsmitarbeiter zu diesem oder jenem Thema zur Beratung des Magistrats hinzugezogen.

Nach unserer Auffassung würde die Einrichtung einer Stabsstelle den beiden hauptamtlichen Magistrats-Mitgliedern die Fähigkeit absprechen, themenbezogene erfolgreiche Absprachen über Dezernats-Grenzen hinweg zu treffen. Die Verwaltung in Bad Nauheim ist unseres Erachtens so hinreichend übersichtlich, dass die konstruktive Zusammenarbeit sowohl der Dezernenten als auch der Mitarbeiter unterschiedlicher Dezernate untereinander fruchtbare Ergebnisse bringt.

Um Erfolge zu den Themen Umwelt- und Naturschutz zu erzielen, sind die Mitglieder des Magistrats insgesamt gefordert, Absprachen zu erfolgreichem Handeln der Verwaltung insgesamt, darüber hinaus auch städtischer Unternehmen zu treffen. Wir halten es für sinnvoll und am langen Ende für erfolgreicher, wenn Verantwortlichkeiten den gewählten Magistratsmitgliedern klar zugeteilt bleiben.

Dann entfällt auch ein Versteckspiel den Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung gegenüber, die grundlegende Entscheidungen zur Stadtpolitik treffen und deren Aufgabe es ist, die Arbeit des Magistrats zu kontrollieren.

Die in Ihrem Brief genannten Themen, z.B. die Maßnahmen zum Klimaschutz, begrüßen wir und wünschen uns, dass hier die Stadt weiter vorankommt. In diesem Zusammenhang möchte ich exemplarisch auf unser umfangreiches Engagement zum Ausbau des Fahrradverkehrs und das Ziel der Innenentwicklung vor Außenentwicklung verweisen. Hierzu finden Sie weitere Informationen auf unserer Homepage www.cdu-bad-nauheim.de

Mit freundlichen Grüßen,
Manfred Jordis

CDU Fraktionsvorsitzender

CDU Friedberg

Einrichtung der Stelle eines*r hauptamtlichen Umweltbeauftragten zur Koordination und Kontrolle aller Natur-, Umwelt- und Klimaschutzaktivitäten der Stadt.

Antwort:

Eine solche hauptamtliche Stelle ist für Friedberg eine Nummer zu groß. In der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation ist eine solche Stelle nicht zu verantworten und zu finanzieren.

Bernd Wagner

SPD Bad Nauheim

Sehr geehrter Herr Hübner, Sehr geehrter Herr Nawrath, Sehr geehrte Frau Neudeck,

im Namen des Vorstands der SPD Bad Nauheim danken wir Ihnen für Ihr Anschreiben vom 26. Januar 2021 sowie grundsätzlich für Ihr Engagement für ambitionierten Umwelt- und Klimaschutz in unserer Region. Ihren konkreten Vorschlag zur Einrichtung einer Stabsstelle "Umwelt- und Naturschutz" inklusive ausführlicher Aufgabenbeschreibung begrüßen wir als sehr hilfreiche Diskussionsgrundlage. Zunächst möchten wir darauf hinweisen, dass der Umwelt- und Naturschutz nicht nur als Querschnittsthema bei den Themenblöcken "Bauen", "Verkehr" und "Verwaltung" sondern auch als Schwerpunkt unter dem Titel "Nachhaltigkeit und Klimaschutz" in unserem Wahlprogramm für die Kommunalwahl 2021 einen hohen Stellenwert hat. Hinter vielen der in der Aufgabenbeschreibung der Stabsstelle genannten Maßnahmen stehen wir bereits jetzt zu 100 % und haben dies entsprechend in unserem Wahlprogramm kommuniziert, z.B. bei nachhaltigem Bauen, umweltfreundlicher Mobilitätsplanung, mehr Transparenz in den Verwaltungsvorgängen unserer Stadt oder bei der naturnahen Pflege öffentlicher Anlagen. Die Einschätzung des mehr als dringenden Bedarfs für angemessene Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen in Bad Nauheim teilen wir selbstverständlich. Allerdings ist es unser zentrales Anliegen, vor einer Diskussion konkreter Maßnahmen zunächst partizipativ mit den Menschen in unserer Kurstadt ein langfristiges Klimakonzept im Rahmen einer kommunalen Zukunftskonferenz zu entwickeln. Die von Ihnen genannten Maßnahmen sind wichtig und richtig, decken aber nur einen Teil der großen Herausforderungen zur Erreichung der Klimaziele von Paris ab. Als SozialdemokratInnen ist uns besonders wichtig hier ein gemeinsames, gesellschaftliches Verständnis für eine sozialverträgliche Transformation zu entwickeln: es muss klar sein, dass jeder Mensch auf diesem Weg eine Stimme hat und einen konkreten Beitrag leisten kann. Diesen Prozess, Zukunftskonferenz und Klimakonzept, anzustoßen und zu koordinieren, kann eine wichtige, ergänzende Aufgabe der von Ihnen geforderten Stabsstelle sein. Es ist uns wichtig zu betonen, dass spezifische Maßnahmen im Umwelt- und Naturschutz (z.B. im Bereich Mobilitätsförderung, Bauen, Öffentlichkeitsveranstaltungen) nicht nur privilegierte Bevölkerungsgruppen ansprechen, sondern für alle Menschen, unabhängig von Bildungshintergrund, Einkommen, Geschlecht oder Herkunft zugänglich sind. Wir regen daher mit Nachdruck an, dass die Aufgabenbeschreibung dahingehend ergänzt wird, dass seitens der Stabsstelle eine Überprüfung und Sicherstellung aller Maßnahmen im Bereich Umwelt- und Naturschutz auf umfassendste soziale Inklusivität stattfindet. Insofern schlagen wir auch vor, dass der Titel der geforderten "Stabsstelle Umwelt- und Naturschutz" in "Stabsstelle Nachhaltigkeit" geändert wird, um die soziale Dimension der skizzierten Themen eingehend zu berücksichtigen. Die Stadt Freiburg ist beispielsweise mit der Einrichtung einer entsprechenden Stabsstelle ("Nachhaltigkeitsmanagement") bereits vor Jahren beispielhaft vorangegangen. Zusammenfassend würden wir die Einrichtung einer Stabsstelle zum Thema Umwelt und Naturschutz unterstützen, wenn sich a) die Sicherstellung der sozialen Inklusivität in der Aufgabenbeschreibung der Stabsstelle wiederfindet und b) der Titel der Stabsstelle entsprechend in Richtung sozialer Anliegen geöffnet werden würde, wie durch unseren Vorschlag ("Nachhaltigkeit") angeregt. Wir hoffen, dass wir Sie mit unserem Standpunkt überzeugen können und wir zu Ihrem Vorschlag auch weiterhin im Austausch bleiben. Bei konkreten Fragen, Rückmeldungen oder akutem Gesprächsbedarf stehen wir Ihnen selbstverständlich sehr gern zur Verfügung.

Mit solidarischen Grüßen,

Vincent El Haidag (Beisitzer des Vorstands der SPD Bad Nauheim)

FW/UWG Bad Nauheim:

Sehr geehrte Damen und Herren,

bzgl. Ihrer Anfrage möchten wir Ihnen folgendes mitteilen.

In Bad Nauheim haben wir mit den eigenen Stadtwerken einen kompetenten Ansprechpartner in Sachen Energie. Es sind bereits einige Projekte in Sachen Photovoltaik nicht nur auf städtischen, bzw. städtischer Gesellschaften umgesetzt worden. Aber auch in Kooperation mit privaten Eigentümern sind solche Projekte durchgeführt worden. Als besondere Expertise der Stadtwerke muss die Versorgung mit „Kalter Nahwärme“ des Baugebietes Bad Nauheim Süd mit dem größten Erdwärme Kollektor Deutschland genannt werden. Dabei wurden durch Kooperationen auch verschiedene Fördermittel beantragt und bewilligt. Sie sehen, das Bad Nauheim in diesen Punkten mit den Mitarbeitern der Stadtwerke gut aufgestellt ist.

Die Bad Nauheimer Wohnungsbaugesellschaft hat schon in den letzten 10 Jahren Ihre Bestandsimmobilien energetisch saniert und dies mit Mittel aus verschiedenen Fördertöpfen. Sofern möglich werden in Kooperation mit der Stadt und anderen städtischen Gesellschaften Chancen der Energie Einsparung und ggf. Energiegewinnung ergriffen.

Im Bereich der Stadtplanung werden in den Bebauungsplänen bereits seit einiger Zeit die Notwendigkeiten der Ressourcen Schonung z.B. über die Verpflichtung Bau von Zisternen für die Regenwassernutzung oder die Verpflichtende Anpflanzung von Resistenten Bäumen, etc. Einfluss auf die Möglichkeiten der Bauherren genommen.

Im Bereich der Grünpflege, gerade auch des Kurparks durch das Parkpflegewerk, werden durch den Fachbereich ökologische Aspekte vermehrt beachtet und durch die externen Berater auch neue Ideen eingebracht.

Sie sehen, das Bad Nauheim zu den von Ihnen vorgebrachten Tätigkeitsfeldern bisher auch ohne Stabstelle bereits sehr vieles auf den Weg gebracht hat. Natürlich sind wir nicht am Ende dieser Aktivitäten angekommen, jedoch kann man auch nicht alles auf einmal umsetzen. Das wichtigste Element ist jedoch, das sich das Bewusstsein der Menschen ändert, was auch nicht von einem auf den anderen Tag passieren wird und auch nicht jeden Bürger erreichen wird.

Darum sind wir überzeugt, dass wir genügend Kompetenzen in der Stadt bereits haben, um die Ziele, die sie mit einer Stabstelle verfolgen erreichen zu können. Die Mittel, die wir dadurch nicht aufwenden, wollen wir gerne in konkrete Projekte verwendet sehen, die auch durch die bereits vorhandenen Kompetenzträger umgesetzt werden können.

Fraktionsvorsitzender Markus Theis

Grüne Friedberg

Sehr geehrter Herr Hübner,

zuerst möchte ich mich für die verspätete Antwort entschuldigen und hoffe, dass Sie diese noch in Ihre Prüfung aufnehmen können.

Wir haben zwar Ihre Fragen schon vor Tagen intern besprochen, aber aufgrund der vielfältigen aktuellen Aufgaben im Wahlkampf habe ich leider Ihre zeitliche Festsetzung für die Beantwortung aus den Augen verloren.

In unserem Programm zur Kommunalwahl 2021 fordern wir Friedberger Grünen die Stelle eine*r hauptamtlichen Naturschutzbeauftragten*n, deren Grundlage ein Biodiversitätskonzept und ein Landschaftsplan sein soll:

"Wir brauchen ein Biodiversitätskonzept! Darin werden Stärken und Schwächen, Chancen und Risiken analysiert und in einer Karte anschaulich gemacht (Planungsgrundlage). Rechtsverbindlich ist ein Landschaftsplan, der parallel dazu aktualisiert wird.

Für die Koordination des Biodiversitätskonzeptes, um den naturschutzfachlichen Sachverstand in die Verwaltung zu tragen und um die Umsetzung von Kompensationsmaßnahmen zu kontrollieren, wollen wir für Friedberg eine*n hauptamtliche*n Naturschutzbeauftragte*n."

Die notwendigen Personalstellen zur Erfüllung der Aufgaben sind aus den Anforderungen des Biodiversitätskonzeptes und des Landschaftsplanes abzuleiten.

Wichtig ist uns auch:

"Das Wissen über Naturschutz und biologische Vielfalt findet sich bei verschiedenen Verbänden und Berufsgruppen. Die Stadt tut gut daran, das Expert*innenwissen zu nutzen und die Bürger*innen zu beteiligen. Wir fordern daher die Verstetigung eines Runden Tisches Naturschutz.

Um den festen Willen zu unterstreichen, die Biodiversität in Friedberg voranzubringen, und um zu einem Austausch mit anderen Kommunen zu kommen, wollen die GRÜNEN den Beitritt Friedbergs zum Netzwerk „Kommunen für Biologische Vielfalt“.

Darüber hinaus fordern wir einen Klimaschutzmanager der bei vielen Fragen des Klimaschutzes und der Klimaanpassung mit der/dem Naturschutzbeauftragte*n zusammenarbeitet:

"Alle Maßnahmen zum Klimaschutz in unserer Stadt sollen durchdacht und koordiniert werden. Das braucht Wissen und planvolles Handeln. Das Wissen um Tatsachen und Zusammenhänge soll in alle Bereiche der Verwaltung Einzug halten. Zur Koordination fordern wir eine*n Klimaschutzmanager*in, der oder die die Erarbeitung und Umsetzung eines Klimaschutzkonzeptes inklusive Bürger*innen-Beteiligung vorantreibt. Wir wollen erreichen, dass alle Entscheidungen unter Klimaschutzvorbehalt gestellt werden, d.h., alle Entscheidungen sind auf ihre Klimaauswirkungen zu prüfen, der klimaschutzfreundlichsten Variante ist Vorrang einzuräumen."

Wir hoffen, dass wir damit Ihre Fragen beantworten konnten und wünschen Ihnen für Ihre weitere Arbeit viel Erfolg und freuen uns auf weitere Anregungen und Vorschläge des BUND zur Verbesserung unserer natürlichen Umwelt. Gerne verweisen wir auch auf die umfassenden Festlegungen in unserem Programm zu den für Sie wichtigen Fragen:

<https://www.gruene-friedberg.de/unser-programm/2/>

Herzliche Grüße

Karl Moch
OV Friedberg BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

FDP Bad Nauheim

Sehr geehrte Frau Neudek, sehr geehrte Herrn Hübner und Nawrath, sehr geehrte Aktive und Engagierte bei BUND,

haben Sie herzlichen Dank für Ihr Interesse an unserem Standpunkt bezüglich Ihres Wahlprüfsteins. Ihren Brief habe ich zusammen mit meiner Fraktion sowie den Kandidat:innen der Bad Nauheimer FDP eingehend diskutiert. Wir sind uns mit Ihnen völlig einig, dass auch auf lokaler Ebene Lösungen für die drängenden Probleme unserer Zeit gefunden werden müssen.

Insbesondere einigen älteren Vertreter:innen meiner Partei fiel es in den letzten Jahren nicht immer leicht, diese regionale Verantwortung für uns und die kommenden Generationen klar zu erkennen. Umso zufriedener stimmt es mich als jungen Kommunalpolitiker, der in Bezug auf Politiken zur Biodiversitätsentwicklung, zur Priorisierung erneuerbarer Energien und zum Klimawandel schon häufig eine Mindermeinung in seiner Partei vertreten hat, dass meine Mitstreiter:innen und ich für die anstehenden Kommunalwahlen ökologischen Fragestellungen gegenüber viel offener eingestellt sind und wir auch als Partei insgesamt einen Verjüngungsprozess begonnen haben. Damit einhergehend haben sich einige Priorisierungen im Rahmen unserer politischen Positionenbildung sicherlich verschoben.

Ökologische Güte ist für die Bad Nauheimer Kandidat:innen zur Kommunalwahl nicht nur ein Aspekt unter ferner liefen. Hohe ökologische Güte soll alles besitzen, was wir im kommunalpolitischen Entscheidungsfindungsprozessen unterstützen. Dafür auch ökonomische Kompromisse einzugehen, sind wir ebenfalls bereit – insbesondere, weil sich diese langfristig nachhaltig auswirken und wir so an anderer Stelle sowohl Geld als auch weiterführende Probleme einsparen.

Wir sind davon überzeugt, dass eine Verpflichtung zu ökologisch nachhaltigem Verwaltungshandeln einen wichtigen und überfälligen Schritt darstellt. Dies muss in allen Bereichen der kommunalen Verwaltung zum neuen beruflichen Selbstverständnis gehören. Auch innerhalb der städtischen Verwaltung nimmt diese Kultur mehr und mehr an Bedeutung zu. Das ist wichtig – denn sonst kann sich nichts ändern.

Aus diesem Grund lehnen wir Ihre Forderung nach der Errichtung einer Stabstelle Umwelt- und Naturschutz mit entsprechender personeller Ausstattung jedoch ab.

Dies möchte ich Ihnen näher erläutern:

Uns ist daran gelegen, dass das Selbstverständnis moderner Verwaltungsarbeit Umwelt-, Natur- und Klimaschutz überall im Rathaus als „ganz normal“ wahrgenommen wird. Umwelt-, Natur- und Klimaschutz soll nicht nur als Label für eine Stabstelle dienen. Es soll unserer Meinung nach schlichtweg dazugehören.

Wir stehen als Partei für den Abbau von Bürokratie. Die von Ihnen skizzierten Ziele der gewünschten Stabstelle sehen wir durch eine solche nicht wirklich näherkommen. Im Gegenteil, eine Stabstelle läuft stets Gefahr, über die Jahre eingefahrene Wege zu gehen und sich aufgrund ihrer Verantwortlichkeit für alle anderen Fachbereiche und Fachdienste – aber nur in Bezug auf einen ganz eng betrachteten Faktor – selbst zu lähmen. Die vielfältigen von Ihnen geforderten Aufgaben lassen sich aus unserer Sicht in den bestehenden Fachbereichen und Fachdiensten umsetzen, ohne dass es hierfür mehr personeller Ausstattung bedarf. Viel lieber würden wir das so eingesparte Geld dafür nutzen, dass sich die Bediensteten der städtischen Verwaltung in Umwelt-, Klima- und Naturschutzfragen weiter fortbilden.

Eine Reihe der von Ihnen angesprochenen Ziele betrachten wir weniger als Verwaltungshandeln sondern als politische Schwerpunktsetzung – und die soll unserer Meinung nach auch politisch bleiben. Bestimmte Dinge kann und andere wiederum sollte eine Verwaltung in einem demokratischen System nicht alleine anstoßen. Wir wollen die Gestaltungshoheit der Politik nicht aufgeben und an einer einzelnen Stabstelle bündeln.

Andere Aspekte wiederum, etwa die Einhaltung der Wasserrahmenrichtlinie oder Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie, die in unserer Gemarkung nur die Wisselsheimer Salzwiesen betrifft, sind bereits jetzt Vorgabe für das Handeln der Verwaltung – sollte die angedachte Stabstelle die Einhaltung der Richtlinien durch die Verwaltung gesondert prüfen könnten, würde diese Stabstelle eine Größendimension erreichen, die unseres Erachtens kontraproduktiv und teuer wäre. Wie gesagt – im Kern treffen wir, so glaube ich, einen gemeinsamen Nenner. Doch zur Einhaltung der Richtlinien gibt es andere übergeordnete Stellen, deren Arbeit nicht nochmal vor Ort gemacht werden muss.

Darüber hinaus besteht bei einigen angesprochenen Zielen schlicht und ergreifend noch dringender Diskussionsbedarf. Wir mögen uns zwar einig sein, dass etwa die Errichtung von Maßnahmen zum Klimaschutz aller städtischer Liegenschaften – und zwar auch derer in Besitz der Wohnungsbaugesellschaft – ein wirklich lobenswertes Ziel ist. Die rund 1.200 angebotenen Wohnungen sollen in der Tat so bald wie möglich auf einen möglichst hohen Stand gebracht werden, wenn es um energetische Ausstattung geht. Die damit verbundenen Kosten sind jedoch gerade bei den älteren Immobilien immens, die finanzielle Ausstattung der Gesellschaft kann dies nicht einfach aus Rücklagen stemmen. Da Mieterhöhungen vermieden werden sollen, müssen in diesem Fall (sowie in einigen anderen Fällen) verschiedene berechnete politische Ziele miteinander abgewogen werden, Veränderungen können nur mittel- bis längerfristig geschehen. Außerdem muss berücksichtigt werden, dass die Bad Nauheimer Stadtverwaltung nicht in die Geschäftsführung der Wohnungsbaugesellschaft eingreifen kann. Auch hier gilt: Es muss sich eine allgemeine Kultur und ein Selbstverständnis für Natur-, Umwelt- und Klimaschutz entwickeln!

In wiederum anderen Zielen, etwa der Verhinderung von Schottergärten, der Anlage von Blumenwiesen, innovative Ideen bei den Stadtwerken, klimaanpassende Maßnahmen oder gerade auch bezüglich Maßnahmen zur Förderung umweltfreundlicher Mobilität, haben wir bereits in der Vergangenheit unsere Verpflichtung zu ökologisch günstigen Lösungen demonstriert. Daran wird sich bei den Kandidat:innen der FDP Bad Nauheim auch in Zukunft nichts ändern.

Einige Punkte wurden noch nicht angesprochen – doch auch bei diesen sind wir guter Dinge, dass unsere Verwaltung sich vor diesen Herausforderungen nicht zu verstecken braucht:

- - die FÖJ-Stelle, welche auf Antrag der Grünen-Fraktion für die Zukunft eingerichtet werden wird und deren Errichtung wir ebenfalls befürwortet haben, wird ganz sicher ohne Probleme und auch ohne eine Stabstelle betreut werden können (eine Betreuung von FÖJ-Mitarbeiter:innen wäre ohnehin so zeitintensiv, dass diese von der Bearbeitung aller anderen Aufgabenfelder ablenken würde)
- - einen Rechenschaftsbericht über den Umfang der Zielerreichung kann eine Verwaltung erst erarbeiten, wenn diese Ziele klar formuliert ist. Auch hierfür bedarf es keiner gesonderten Stabstelle, sondern erst einmal eines gemeinsamen Nenners.
- - das Einwerben von Fördermitteln gehört zum Tagesgeschäft der Fachbereiche und wird auch im Bereich Ökologie berücksichtigt.
- - städtische Öffentlichkeitsarbeit kann und soll ohne weiteres modern und im Sinne der Erfinder:innen sein. Dies wiederum bringt mich wieder zu unserer Grundhaltung: Wer global denken und lokal handeln will, braucht keine Stabstelle, sondern eine Verwaltung, die sich diese Maxime zu Herzen nimmt. Und Politiker:innen, denen Klima und Natur nicht egal ist. Wir sind davon überzeugt, in vielen Punkten ganz nah beieinander zu sein. Klar, in Fragen der Gewichtung mögen wir manchmal nicht deckungsgleich sein und der jeweilige Weg zum Ziel mag sowohl ideologisch anders begründet als auch anders ausgestaltet sein. Die Gemeinsamkeiten halte ich jedoch für weitaus bedeutender. Gerade deshalb schätzen wir Ihre engagierte Arbeit sehr und ich verstehe Sie mit Ihrer Erinnerung an die vielen wichtigen Ziele als einen Partner für eine intelligente Kommunalpolitik. Für Rückfragen und einen konstruktiven gemeinsamen Dialog stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.

Ich verbleibe in diesem Sinne mit freundlichen Grüßen
für FDP-Fraktion und FDP-Ortsverband Bad Nauheim

Benjamin Pizarro
Fraktionsvorsitzender der FDP-Fraktion

Grüne Bad Nauheim

Liebe Freunde und Freundinnen der Erde, des OV BUND Friedberg/Bad Nauheim

Danke für Ihre Anfrage an die örtlichen Parteien zur anstehenden Kommunalwahl am 14. März 2021

Ja, wir befürworten eine Einrichtung einer hauptamtlichen Stabsstelle Umwelt, Klima- und Naturschutz in der Stadtverwaltung mit der notwendigen personellen Ausstattung!

Ihre Zusammenfassung der wesentlichen Aufgaben einer Stabsstelle ist aus unserer Sicht sehr hilfreich und entspricht unseren Vorstellungen. Bei der Auswahl der personellen Besetzung müssen sich Qualifikation und Erfahrung der Bewerber und Bewerberinnen für die Stabsstelle an dieser Aufzählung der Aufgaben messen lassen.

Wir sind überzeugt, dass eine personelle Besetzung mit dem Status einer Stabsstelle notwendig ist, um die Prozesse, die zum Klima- und Naturschutz in der gesamten städtischen Verwaltung nachhaltig beitragen, angemessen zu beschleunigen und dauerhaft zu implementieren. Die städtischen Gesellschaften, zum Beispiel Wohnungsbau und Stadtwerke müssen sich ebenfalls an diesen Zielen ausrichten.

Leider wurden in der Vergangenheit einige unserer Anträge, die den von Ihnen aufgezählten Zielen dienen sollten, abgelehnt oder verwässert.

Besonders enttäuscht waren wir in den Haushaltsberatungen 2019. Unser Antrag auf Beschluss eines kommunalen Klimavorbehaltes, den wir gemeinsam mit der SPD-Fraktion eingebracht hatten, wurde von der Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung, sprich von CDU, UWG und FDP abgelehnt. Im Vorfeld gab es ergebnislose inter-fraktionelle Diskussionen über eine mögliche Kompromisslösung.

Der Antrag vom Juni 2019 entsprach einem zentralen Anliegen unserer Partei zum Klima- und Umweltschutz vor Ort, deshalb geben wir ihn hier im Wortlaut noch einmal wieder:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt einen Klimavorbehalt zur aktiven kommunalen Teilnahme an der Erreichung der nationalen und internationalen Klimaziele. Dieser verpflichtet den Magistrat, die Verwaltung sowie die Stadtverordnetenversammlung jede Entscheidung auf das Ziel einer CO₂-neutralen Stadt bis 2050 hin zu überprüfen (wobei bis 2030 rund die Hälfte des Weges zurückzulegen ist). Die Minimierung des vom Menschen gemachten Klimawandels sowie die Erhaltung und Förderung der Biodiversität haben dabei Priorität. Es sind solche Entscheidungen und Lösungen zu bevorzugen, die sich positiv auf den Klima-, Natur- und Artenschutz auswirken.

Die Entscheidungen zur Reduktion der Treibhausgasemissionen müssen verhältnismäßig sein und sollen die ökologischen, ökonomischen und sozialen Belange der örtlichen Gemeinschaft berücksichtigen.

Dazu gehört eine ganzheitliche Energiewende, die nicht nur den Strom, sondern auch Wärme und Verkehr einbezieht. Zum Klimaschutz gehören auch die Landwirtschaft, ein sorgsamer Umgang mit dem Boden und die verstärkte Verwendung von Holz als Baustoff zur langfristigen CO₂-Bindung.

Folgende Maßnahmen stehen u.a. im Fokus des städtischen Klimaschutzes, die zügig anzugehen und in den zukünftigen Haushaltsplänen, bzw. im Nachtragshaushalt 2020 zu berücksichtigen sind:

1. Die energetische Gebäudesanierung und Umsetzung nachhaltiger Energiekonzepte, insbesondere bei den kommunalen Einrichtungen und Gebäuden der Stadt, mit dem Ziel der klimaneutralen Gebäudeenergieversorgung. Bis zum Jahr 2030 soll der städtische Gebäudebestand nahezu klimaneutral sein.
2. Der weitere forcierte Ausbau erneuerbarer Energien zur Stromversorgung städtischer Einrichtungen. Darüber hinaus die Unterstützung privater Wohnungseigentümer bei der Errichtung erneuerbarer Energieanlagen, zum Beispiel Fotovoltaik.

3. Der Verkehrsbereich muss sukzessive stärker elektrifiziert und klimaneutral ausgerichtet werden. Die Weiterentwicklung der Ladeinfrastruktur für Elektromobilität, und die Einrichtung von Wasserstofftankstellen (Wasserstoff aus EEG) sind zu fördern.
4. Die stetige Fortentwicklung und Optimierung des ÖPNV-Angebots und des Ausbaus der Radverkehrsflächen mit dem Ziel ein Umsteigen vom Auto auf umweltfreundlichere Verkehrsmittel zu erleichtern.
5. Die extensive Bewirtschaftung der städtischen Eigentumsflächen zur Förderung der Artenvielfalt sowie zur Erhaltung und Aufwertung ihrer Lebensräume.
6. Die regelmäßige – mindestens jährliche - Berichterstattung des Magistrats gegenüber der Stadtverordnetenversammlung sowie eine in gleichem Abstand stattfindende Informations- und Anhörungsmöglichkeit der Bürger. In den jährlichen Haushaltsberatungen sind die Ergebnisse und Fortschritte der CO₂ Konsolidierung zu beziffern.
7. Die notwendigen Ressourcen sind im Stellenplan zu berücksichtigen.

Die Stadt Bad Nauheim benötigt eine städtische CO₂-Bilanz und einen konkreten Klimaschutzplan. Es sollen vorbildliche und innovative Konzepte in Bezug auf Klimaneutralität in Bad Nauheim wohlwollend geprüft und umgesetzt werden. Dazu soll in die Stadtgestaltung und in Infrastrukturmaßnahmen investiert werden, die dem Klimaschutz und der Klimaanpassung dienen. Geeignete Fördermaßnahmen der EU, des Bundes sowie des Landes Hessen sollen entsprechend in Anspruch genommen werden.

Ganz aktuell beantragen wir, die Stadt möge Bündnis „Klima-Kommunen Hessen“ beizutreten, siehe nachfolgender Antrag vom 10.2.2021:

„Der Magistrat wird beauftragt, dem Bündnis „Klima-Kommunen Hessen“ beizutreten und die Charta für den Klimaschutz zu unterzeichnen.“

Begründung: Wir leben nach wie vor auf einer Erde, die sich neben der Bedrohung durch die Pandemie auch der Erwärmung der Atmosphäre stellen muss. Die Reduktion von Treibhausgasen darf nicht aus dem Blick geraten. Um das umzusetzen, hilft die Vernetzung mit und Beratung durch Fachleute. Das Bündnis »Hessen aktiv: Die Klima-Kommunen«, initiiert durch das Hessische Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, unterstützt diese Aktivitäten. »Mehr als die Hälfte aller hessischen Städte, Gemeinden und Landkreise sind bereits Klima-Kommunen. Die Mitgliedschaft ist kostenlos, bringt aber viele Vorteile für die Mitglieder: neben einer fundierten Beratung vor allem auch hohe Fördersätze, die zuletzt auf bis zu 100% erhöht wurden.

Hier ein paar Beispiele der möglichen Förderung: Klimaschutzmaßnahmen: z. B. energetische Sanierung von öffentlichen Gebäuden, Sporthallen oder Kläranlagen; kommunale Verleihsysteme von Fahrrädern oder Lastenrädern; Einsatz von (E-)Lastenrädern im kommunalen Fuhrpark; Maßnahmen zur energieeffizienten Trinkwasserversorgung, Anpassungsmaßnahmen: z.B. Dachbegrünungen; Analysen, wie sich der Klimawandel auf eine Kommune auswirken wird; Haus- und Hofbegrünung privater Immobilieneigentümer über ein kommunales Förderprogramm, Informationsinitiativen und Öffentlichkeitsarbeit: z.B.: Kampagnen, Work-shops, Wettbewerbe. Lassen Sie keine weitere Zeit verstreichen, diese Fördermöglichkeiten für Bad Nauheim zu nutzen.

Wir hoffen, dass wir mit diesen Ausführungen Ihrem Anliegen entsprechen können, welche Wahlziele die örtlichen Parteien, die in Bad Nauheim zur Kommunalwahl antreten, vertreten.

Brigitta Nell-Düvel
Oliver Westphal
Ortsverbandsvorsitzende Bündnis90/DIE GRÜNEN Bad Nauheim

Linke Friedberg

Liebe Umweltbewegte des BUND!

In Ihren Wahlprüfstein fragen Sie, ob wir die Einrichtung einer hauptamtlichen Stabsstelle Umwelt und Naturschutz unterstützen.

Wir beantworten dies mit Ja.

Idealerweise sollte die Stabsstelle Umwelt- und Naturschutz in Friedberg zu Beginn mit einer vollen Stelle, mindestens jedoch mit einer halben Stelle ausgestattet sein. Wichtig wäre uns dabei dass der jährliche Rechenschaftsbericht der Stelle öffentlich ist und in den kommunalen Gremien behandelt wird. So wird Transparenz hergestellt und das Thema bleibt in der politischen Diskussion präsent.

Zur Zeit sehen wir einen Schwerpunkt der Stelle bei der Förderung von Maßnahmen zur Reduzierung der Klimakatastrophe. Es besteht die reale Gefahr, dass die anthropogenen Veränderungen des Klimas zu einem massiven Artensterben und einer enormen Belastung für die natürliche Umwelt wird.

Die Folge werden nicht nur enorme Kostenbelastungen für die Kommunen sein. Mit einer Zunahme klimabedingter Todesfälle ist weltweit zu rechnen. Dies trifft überwiegend, aber nicht nur ärmere Länder, die oft nicht zu den Verursachern der Klimakatastrophe zählen. Gemäß dem Prinzip "global Denken, lokal Handeln" wollen wir dem entschieden entgegen treten.

für die Linke.Friedberg

Sven Weiberg

18. Februar 2021

FDP Friedberg

Sehr geehrte Frau Neudek,
sehr geehrte Herren,

vielen Dank für Ihre Anfrage, zu der wir wie folgt Stellung nehmen:

Im Zentrum Ihrer Anfrage und Forderungen an die Parteien steht die Schaffung einer „Stabsstelle Umwelt und Naturschutz“ mit einer entsprechenden personellen Ausstattung.

Für die FDP ist der Schutz der Natur, der Tierwelt und des Klimas mit anderen Arbeitsgebieten von besonderer Bedeutung, immer auch in Abwägung der durchaus unterschiedlichen Anforderungen und Interessen, die sich aus dem Zusammenspiel verschiedener Politikfelder ergeben.

Die beiden Städte Friedberg und Bad Nauheim sind bereits heute für die zahlreichen Aufgaben, die Sie in Ihrem Anschreiben auflisten, auf kommunaler Ebene zuständig. Für Friedberg können wir sagen, daß diese Aufgaben mit großer Sorgfalt wahrgenommen werden. Für Bad Nauheim können wir es aus unmittelbar eigener Erfahrung nicht sagen, sind aber sicher, daß dort ebenfalls mit der gleichen Sorgfalt gearbeitet wird.

Herr Nawrath kann als Mitglied des Ortsbeirats Ossenheim für die Partei Bündnis 90/Die Grünen unsere Auffassung zur sorgfältigen Arbeit in Friedberg sicher bestätigen.

Bereits jetzt findet in beiden Städten das meiste statt, was in Ihrem Forderungskatalog steht. Wir greifen hier nur wenige Punkte auf, z. B. die Frage von Transparenz für die Bürgerschaft bei Eingriffsmaßnahmen, etwa Baumfällungen, die Veröffentlichung von Bebauungsplänen auf Internetseiten (hier gibt es ja auch eine gesetzlich erforderliche Beteiligung der Öffentlichkeit bei Bebauungsplänen), die Einbindung der Stadtwerke z. B. bei der Frage der Photovoltaik und viele Punkte mehr.

Zweifelhaft ist aus Sicht der FDP, ob auf dem Weg über eine Interkommunale Zusammenarbeit z. B. eine „Vernetzungsarbeit der im Umweltbereich aktiven Gruppen“ stattfinden sollte. Das ist nicht Aufgabe einer Kommune. Erfahrungsgemäß gibt es auch bereits einen Austausch der aktiven Gruppe. Diesen Austausch zu koordinieren oder zu steuern ist nicht die Aufgabe einer Verwaltung. Hier könnte man eher über einen Beirat nach Art z. B. der Seniorenbeiräte nachdenken. Man muß schon auf eine Trennung der Zuständigkeiten achten.

Ihre Forderung nach einem Zusammenwirken beider Städte ist durchaus nachvollziehbar. Es gibt auf zahlreichen kommunalpolitischen Politikfeldern mittlerweile Projekte der Interkommunalen Zusammenarbeit (IKZ). Inwieweit die von ihnen aufgestellten Forderungen hier einbezogen werden können, wäre einer Prüfung durch beide Verwaltungen zu unterziehen. Ob man diese Interkommunale Zusammenarbeit sogleich als Stabsstelle bezeichnen muß, ist eine Frage, welche die beiden Magistrate gegebenenfalls zu beantworten hätten. Wir sind bei großen Begriffen dieser Art immer zurückhaltend. Vielmehr sollte die Zusammenarbeit und der gemeinsame Erfolg im Mittelpunkt stehen, nicht so sehr die Titelei.

Die Möglichkeiten eines Zusammenwirkens im Bereich des Umwelt- und Naturschutzes der Städte Friedberg und Bad Nauheim könnte natürlich auch auf weitere Kommunen ausgedehnt werden. Völlig offen erscheint mir die Frage der personellen Ausstattung. Bereits jetzt ist in beiden Städten sach- und fachkompetentes Personal vorhanden. Zusätzliche Stellen zu schaffen ist aktuell kaum denkbar. Auch wäre sicher zu überlegen, inwieweit man sich mit dem Kreis zusammentun könnte.

Wichtig bleibt immer die Frage der Kontrolle durch die gewählten Gremien in den beteiligten Kommunen. Im Rahmen der Kommunalen Selbstverwaltung bilden Magistrat/Verwaltung und Stadtverordnetenversammlung bzw. Gemeindevertretung zwei Seiten einer Medaille ab. Hinzu kommen die Ortsbeiräte als beratende Gremien für den Magistrat.

Es ist immer das Budgetrecht der gewählten Versammlung, das sich z. B. auch auf Personalausstattungen der jeweiligen Verwaltung bezieht, zu berücksichtigen. Und hier kann es aufgrund unterschiedlicher Ausgangslagen und der Setzung von differierenden Schwerpunkten in Friedberg und Bad Nauheim durchaus unterschiedliche Interessen geben. Das wäre immer zu berücksichtigen. Die Schaffung neuer Stellen ist in diesen Zeiten auf allen Gebieten schwierig, da stellt die Kinderbetreuung aus guten Gründen sicher eine Ausnahme dar.

Gerne können wir die von Ihnen vorgetragene Anregung aufnehmen und auch an die Verwaltung mit der Bitte um Prüfung leiten. Sehr gerne können wir Ihre Vorschläge auch mit der FDP-Fraktion bzw. dem Vorstand der FDP in Bad Nauheim erörtern.

Wir schlagen vor, daß wir hierzu in Verbindung bleiben und den Meinungsaustausch fortsetzen, gerne auch persönlich, wenn sich hierzu wieder die Gelegenheit bietet.

Mit freundlichen Grüßen

Achim Güssgen-Ackva

SPD Friedberg Dr. Klaus Rack (26.02.2021)

Antwort auf die Frage: "Brauchen wir eine Stabsstelle Umwelt- und Naturschutz in Friedberg und Bad Nauheim?"

Wir brauchen, dies vorweggeschickt, vor allem eine verstärkte Auseinandersetzung auf kommunaler Ebene mit allen Fragen des Umwelt- und Naturschutzes im Zeichen des Klimawandels. Das positionieren wir auch in unserem Wahlprogramm 21-26 unmissverständlich. Nachhaltiger, facettenreicher Klimaschutz heute für die Generationen von morgen ist ein zentrales Anliegen der SPD in Friedberg, Hessen und Deutschland.

Ob es auf kommunaler Ebene dazu auch eine "Stabsstelle für Umweltschutzfragen" zu geben braucht, ist indessen abzuklären.

Die Frage der einzusetzenden Finanzmittel ist zwar unter coronabedingten Steuereinbrüchen gewiss nicht unerheblich, aber für Klimaschutz müssen wir Geld in die Hand nehmen. Ein Vergleich mit der Stabsstelle "Sauberes Friedberg" verbietet sich allerdings, da diese Einrichtung vor Corona-Ausbruch beschlossen und etabliert wurde.

Wäre sie heute zu entscheiden, würde eine Klimaschutz-Stabsstelle gewiss vorrangiger eingerichtet, aber ggf. auch unter dem Prüf-Vorbehalt, ob entsprechende Fachkapazität z.B. in unserem Bauamt, bei Fachstellen des Kreises (UNB, UWB, Veterinärwesen), bei den Stadtwerken Friedberg bzw. Bad Nauheim oder auch im Rahmen interkommunaler Zusammenarbeit bei anderen Wetteraukommunen ggf. auch Wohnungsbaugesellschaften vorhanden und auch für Friedberger Zwecke nutzbar ist. Dies würde in schwierigen Zeiten Personal- und Finanz-Ressourcen sparen und effizienter wirken. Auf jeden Fall müsste, ob nun durch eine Stabsstelle oder eine andere Einrichtung, ein nachhaltiges kommunales Klimaschutzkonzept erstellt werden.

Also kein klares "Ja" wegen der genannten Prüf-Vorbehalte, aber auch keine Ablehnung aus Kostengründen oder ggf. schwierigen verwaltungsinternen Zuständigkeitsabklärungen.

Im Übrigen ist der Vorschlag der SPD Bad Nauheim zu einem sozialverpflichteten Nachhaltigkeitsmanagement statt einer aufgabenreduzierten Stabsstelle überlegenswert.